

Gemeinde / Markt / Stadt Seefeld
Verwaltungsgemeinschaft



Bekanntmachung

über das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Eintragungsscheinen für das Volksbegehren "Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen!"

1. Das Wählerverzeichnis für das Volksbegehren "Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen!"
(Eintragungsfrist vom 17. Januar bis 30. Januar 2013)

der Gemeinde / ~~des Marktes / der Stadt~~ Seefeld

_____ der Eintragungsbezirke
_____ der Gemeinde / des Marktes / der Stadt

wird am Freitag, **28.12.2012**

_____ während der Dienststunden

von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr

und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr

im/in

(Rathaus/Dienststelle: Anschrift, Zimmer-Nr.)¹⁾

Gemeinde Seefeld, Hauptstr. 42, 82229 Seefeld, Zimmer 02, Einwohnermeldeamt

für Stimmberechtigte **zur Einsicht bereit gehalten**. Stimmberechtigte können die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu **Ihrer** Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten **überprüfen**. Die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von **anderen** im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen können überprüft werden, wenn Tatsachen glaubhaft gemacht werden, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht zur Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Stimmberechtigten, für die im Melderegister eine **Auskunftssperre** nach Art. 31 Abs. 7 des Meldegesetzes eingetragen ist.

2. Das Wählerverzeichnis wird im automatisierten Verfahren geführt; die Einsicht ist durch ein Datensichtgerät möglich.
3. **Zur Eintragung ist nur zugelassen, wer**
- in das Wählerverzeichnis eingetragen ist **oder**
 - einen Eintragungsschein hat
- und stimmberechtigt ist.**

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann vom **28. Dezember 2012 bis 01. Januar 2013 schriftlich** Einspruch einlegen.

Am **Freitag, 28. Dezember 2012, von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr** kann der Einspruch auch durch Erklärung zur Niederschrift im/in _____
_____ und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr

(Rathaus/Dienststelle: Anschrift, Zimmer-Nr.)

Gemeinde Seefeld, Hauptstr. 42, 82229 Seefeld, Zimmer 02, Einwohnermeldeamt

_____ eingelegt werden.

4. Wer einen **Eintragungsschein** hat, kann sich in die Eintragungsliste eines beliebigen Eintragungsraums in Bayern eintragen.

Darüber hinaus können Stimmberechtigte, die während der gesamten Eintragszeit wegen Krankheit oder körperlicher Behinderung nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten in der Lage sind, einen Eintragungsraum aufzusuchen, gemäß Art. 69 Abs. 3 Satz 3 Landeswahlgesetz auf dem Eintragungsschein eine **Hilfsperson** mit der Eintragung beauftragen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist auf dem Eintragungsschein **eidesstattlich** zu versichern.

Briefliche Eintragung ist nicht möglich.

5. Einen **Eintragungsschein** erhält auf **Antrag**, wer

5.1. in das Wählerverzeichnis **eingetragen und stimmberechtigt** ist,

5.2. **nicht** in das Wählerverzeichnis **eingetragen**, aber **stimmberechtigt** ist und

- a) nachweist, dass er ohne Verschulden die Antragsfrist auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis nach § 76 Abs. 1 i. V. m. § 15 Abs. 1 Landeswahlordnung (bis zum 27. Dezember 2012) oder die Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis nach § 76 Abs. 1 i. V. m. § 19 Abs. 1 Landeswahlordnung (bis zum 1. Januar 2013) versäumt hat,
- b) dessen Stimmrecht erst nach Ablauf der Fristen nach § 76 Abs. 1 i. V. m. § 15 Abs. 1 oder § 19 Abs. 1 Landeswahlordnung entstanden ist,
- c) dessen Stimmrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden ist und die Gemeinde von der Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses erfahren hat.

6. Der Eintragungsschein kann **bis zum 30. Januar 2013**, 16.00 Uhr ²⁾,

(Rathaus/Dienststelle: Anschrift, Zimmer-Nr.)

Gemeinde Seefeld, Hauptstr. 42, 82229 Seefeld, Zimmer 02, Einwohnermeldeamt
im/in _____

schriftlich (auch per Telefax, E-Mail) oder mündlich (**nicht aber telefonisch**) beantragt werden.

Behinderte Stimmberechtigte können sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

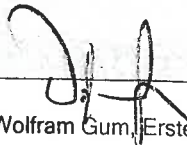
Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist.

7. Der Eintragungsschein wird **übersandt oder amtlich überbracht**. Versichert eine stimmberechtigte Person glaubhaft, dass ihr der beantragte Eintragungsschein nicht zugegangen ist, kann ihr bis zum 30. Januar 2013, 16.00 Uhr ²⁾, ein neuer Eintragungsschein erteilt werden.

8. Der Eintragungsschein kann auch durch die stimmberechtigte Person persönlich oder durch nahe Familienangehörige abgeholt werden. Andere Personen können diese Unterlagen nur bei plötzlicher Erkrankungen und nur dann abholen, wenn sie der stimmberechtigten Person **nicht mehr** rechtzeitig durch die Post übersandt oder amtlich überbracht werden können. Nahe Familienangehörige und andere Personen müssen durch **schriftliche gesonderte Vollmacht** und einen amtlichen **Ausweis** nachweisen, dass sie zur **Entgegennahme** berechtigt sind.

9. Stimmberechtigte, die eine **Hilfsperson** mit der **Eintragung beauftragen** wollen (Art. 69 Abs. 3 Satz 3 Landeswahlgesetz, siehe oben Nr. 4), erhalten mit dem Eintragungsschein den **Text des Volksbegehrens**.

Datum
Seefeld, den 12.12.2012


Wolfram Gum, Erster Bürgermeister
Unterschrift

1) Wenn die Einsichtnahme an mehreren Stellen möglich ist, diese und die jeder Stelle zugeteilten Gemeindeteile oder die Nummern der Eintragsbezirke angeben.
2) Siehe Nr. 5.4.1 der Vollzugshinweise des StMl

angeschlagen am: 20.12.2012 abgenommen am: 31.01.2013
veröffentlicht am: _____ im/in der _____
(Amtsblatt/Zeitung)